

Stand: 27.06.2026 10:07:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21657

"Bericht zu geplanten oder bereits getroffenen Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen für geflüchtete Pädagoginnen und Pädagogen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21657 vom 12.04.2018
2. Mitteilung 17/21835 vom 19.04.2018



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu geplanten oder bereits getroffenen Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen für geflüchtete Pädagoginnen und Pädagogen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und im Ausschuss für Bildung und Kultus über Möglichkeiten sowie bestehende Pläne zur Umsetzung von Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen für geflüchtete Pädagoginnen und Pädagogen in Bayern schriftlich Bericht zu erstatten.

Begründung:

Trotz sinkender Zahlen der nach Deutschland geflüchteten Menschen bleiben die bayerischen Schulen von dieser Entwicklung ausgenommen. Dort werden bereits knapp 60.000 Flüchtlingskinder unterrichtet. Die gelungene Integration dieser Kinder wird für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft Bayerns und Deutschlands entscheidend sein. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch eine angemessene schulische Betreuung und Ausbildung. Gleichzeitig steht der Freistaat laut der Lehrerbedarfsprognose 2018 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bis 2030 an Grundschulen, Mittelschulen und Förderschulen sowie in bestimmten Berufsschulfachrichtungen einem eklatanten Mangel an Neuabsolventinnen und -absolventen gegenüber.

Enormes Potenzial besteht hierbei in Form der Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Geflüchteten. Laut Bayerischem Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) beläuft sich die Zahl von ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen unter den erwachsenen

Geflüchteten in Bayern auf bis zu 2.500 Personen. Zudem wünscht sich gemäß einer Befragung durch den BLLV eine Mehrheit der Lehrkräfte mit Flüchtlingskindern in ihren Klassen eine zusätzliche sozial-integrative Unterstützung.

Auch eine Unterstützung im Bereich der vorschulischen Einrichtungen, der Kitas und Krippen ist erforderlich.

Um dieser Situation abseits notwendiger langfristiger Qualifikationsmaßnahmen für deutsche Pädagoginnen und Pädagogen kurzfristig gerecht zu werden, hat der BLLV dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor Kurzem ein Konzept für Qualifikationsmaßnahmen für Geflüchtete mit pädagogischer Ausbildung vorgestellt. Dies sieht die universitäre Fortbildung der Teilnehmenden zu Integrationshelferinnen und -helfern in Form eines zertifikatsbasierten Qualifizierungsprogramms vor. Zu Beginn soll das Programm modellhaft an mindestens zwei bayerischen Universitätsstandorten umgesetzt werden. Voraussetzung für eine Zulassung wären ein anerkannter Universitätsabschluss als Lehrerin oder Lehrer, ein anerkannter Flüchtlingsstatus und Deutschkenntnisse auf mindestens B1-Niveau. Unterrichtete Inhalte würden unter anderem einen Deutsch-Intensivkurs bis C1-Niveau, interkulturelle Kompetenz sowie fachdidaktische Kurse umfassen. Die so geschulten Drittkräfte mit Fluchthintergrund könnten anschließend in Übergangs- und Regelklassen aber auch in schulunabhängigen Projekten und Angeboten das eigentliche Lehrpersonal unterstützen. Ab einem bestimmten Anteil von Kindern in einer Schulklasse mit Sprachförderbedarf wäre eine weitere pädagogische Kraft sehr hilfreich.

Entsprechend des kurzfristig bestehenden großen Bedarfs an bayerischen Schulen ist es unabdingbar, Qualifikationsmaßnahmen für Drittkräfte zu schaffen und zu fördern. Gleichzeitig sind bereits bestehende Maßnahmen zu evaluieren.

Während es berufliche Anerkennungsverfahren für ausländische Ärztinnen und Ärzte, Krankenpflegerinnen bzw. -pfleger und zahlreiche andere Berufe gibt, wird derzeit noch ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen unter den anerkannten Flüchtlingen kein gangbarer Weg zur Fortsetzung ihrer beruflichen Tätigkeit gegeben.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/21657

**Bericht zu geplanten oder bereits getroffenen Qualifikations- und
Fortbildungsmaßnahmen für geflüchtete Pädagoginnen und Pädagogen**

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/21657 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt